

Diskussion um mehr Elternbeteiligung bei Kinderbetreuung

Gemeindeanteil hat sich in Dänischenhagen in den vergangenen fünf Jahren fast verdoppelt – Zustimmung zu offener Ganztagschule

Dänischenhagen. Die steigenden Kosten für Kinderbetreuung bleiben in Dänischenhagen ein Dauerbrenner. Zu Beginn der Gemeindevertreterversammlung am Donnerstag meldete sich ein Vater zu Wort, der bei der Entscheidung um eine höhere Elternbeteiligung um mehr Transparenz bat. Dass Mütter und Väter für die Betreuung ihrer Kinder künftig 20 Prozent mehr bezahlen müssten, sei zunächst „doch ein recht satter Betrag“.

Die Sozialausschussvorsit-

zende Ursula Liewert (SPD) räumte ein, dass man die Eltern nur ungern bitte, sich an explodierenden Kosten zu beteiligen. In den vergangenen fünf Jahren habe sich der Gemeindeanteil jedoch fast verdoppelt, zumal Kreis und Land ihre Zuschüsse reduzierten. „Wir stehen mit dem Rücken an der Wand. Wir können doch den Kindergärten nicht die Heizung herunterdrehen.“ Im Übrigen seien die Haushalte öffentlich, „wir mauscheln nicht“. Sven Tee-

gen (WIR) kündigte an, dass sich die Verwaltung im Beirat mit Kindergartenleitung und Eltern zusammensetze. Der Finanzausschussvorsitzende Eckhard Sindt (CDU) gab zu bedenken, dass die Gemeinde im kommenden Jahr 560 000 Euro für die Kinderbetreuung aufbringe – „das ist die Hälfte der Einkommenssteuerzuweisung.“

Der Einrichtung einer offenen Ganztagschule durch die Brücke gGmbH an der Grundschule wurde einstimmig zu-

gestimmt – allerdings anders, als es die Verwaltung vorgeschlagen hatte: Für eine eventuelle Finanzierungslücke wurden nicht 7500 Euro, sondern nur 3000 Euro als außerplanmäßige Erstattung an den Schulverband eingestellt. Verwaltungschef Dirk Osbahr äußerte seine Bedenken, weil der gemeinsame Schulverband mit Schwedeneck und Strande das kaum mittragen werde.

Viele Punkte waren in den Fachausschüssen hinreichend

diskutiert worden und reine Formsache. Skeptisch sieht ein Teil der Gemeindevertreter indes, dass der Bürgermeister für seinen Besuch in der Partnergemeinde Ferdinandsdorf 2500 Euro beantragte – da der Musikzug Kaltenhof mitkommen soll, wird ein Bus gechartert. „Wir stöhnen immer wieder, dass wir kein Geld haben“, sagte Horst Mattig (SPD). Dass hier Geld für eine freiwillige Leistung ausgegeben werde, zu der man auch noch „händeringend“

Leute suche, sei für ihn ein schwieriges Signal. Bürgermeister Wolfgang Steffen (CDU) verwies auf 20 Jahre Partnerschaft und darauf, bisher alles aus eigener Tasche bezahlt zu haben. Dass man kaum Mistreiter finde, dementierte er. Und Tim Gabrys (WIR) sprach von einem Zeichen der Einheit. „Die Alternative wäre, das alles zu streichen.“ Am Ende stimmten acht Vertreter für den Zuschuss, zwei dagegen, fünf enthielten sich. zel